

Jahresbericht 2021 der Plattform Sans-Papiers Schweiz

Politische Arbeit

Im Dezember 2020 veröffentlichte der Bundesrat die Antwort auf das 2018 von der Staatspolitischen Kommission eingereichte Postulat, das eine umfassende Prüfung der Sans-Papiers-Frage verlangte.

Der Inhalt des Berichts, der mehrere Themenbereiche (Zugang zur Justiz, Zugang zu Gesundheit und Versicherungen, Bildung, Regularisierungen, Papyrus, usw.) umfasst, ist enttäuschend: Der Bundesrat zeigt zwar eine ganze Reihe von problematischen Situationen auf, will aber trotzdem überall beim totalen Status bleiben.

Die Plattform erstellte eine Stellungnahme und stellte insbesondere vier Forderungen: vollständige oder teilweise Regularisierung und Präzisierung der VZAE oder der Weisungen des SEM; ein Aufenthaltsrecht zum Zweck der Berufsausbildung; Sonderkontingente für Personengruppen, die sich bereits in der Schweiz befinden; eine Beschränkung des Datenaustauschs. Anzumerken ist, dass der Schweizerische Städteverband und/oder die kantonale Sozialkonferenz unsere Ansichten in mehreren Punkten teilten.

Diese Forderungen wurden der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats vor Anhörungen zugesandt, die vom Co-Präsidium der Plattform zur Kommentierung dieses Berichts erwirkt wurden (die ständerätliche Kommission hatte eine solche Anhörung abgelehnt). Bea Schwager von der Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich und Marianne Halle von der cccsi in Genf nahmen im Juli an diesen Anhörungen teil.

Nach diesen Anhörungen schienen zwei Wege für eine politische Mehrheit gangbar zu sein: Verbesserungen beim Aufenthaltsrecht zu Ausbildungszwecken und der Zugang zur Justiz. Die erste Initiative wurde von Céline Widmer verfasst und vor kurzem eingereicht, die Behandlung steht noch aus. Das zweite Thema, der Zugang zur Justiz, ist heikel, da die Befürchtung besteht, dass, wenn man aufzeigt, was in sehr wenigen Kantonen möglich ist, die Konservativen eingreifen könnten, um fortschrittlichere Praktiken zu verbieten. Im Moment ist diese Idee auf Eis gelegt.

Im Ständerat forderte Elisabeth Baumann-Schneider im Jahr 2020 einen Fonds für direkte oder über Organisationen abgewickelte Hilfe für die am stärksten gefährdeten Personen, darunter Sans-Papiers. Dieser Antrag wurde im Juni 2021 behandelt und abgelehnt.

Im Februar stellten mehrere Genfer (und weitere) Parlamentarier*innen dem Bundesrat Fragen zu Identitätskontrollen außerhalb der üblichen Perimeter und in der Nähe von Lebensmittelverteilungszentren (in Grenznähe) in Genf, was wir als besonders pervers empfanden. Die Antworten lauteten: "Gehen Sie weiter, es gibt nichts zu sehen." Es scheint, dass sich die Situation seitdem "normalisiert" hat.

Interne Arbeit

Die COVID-Pandemie und die Nothilfe, die für die Personengruppe, die wir verteidigen, eingerichtet werden musste, hat uns bewusst gemacht, dass wir keinen Überblick über

die kantonalen Praktiken haben - nicht nur in Bezug auf die Nothilfe während der Pandemie, sondern in Bezug auf eine ganze Reihe von Themen. Wir erstellten daher ein Monitoring mit mehreren Fragen: Nothilfe, Härtefälle, Repression, Justiz, Gesundheit, Versicherungen, Ausbildung, spezifische Informationen. Es wurde an die Mitglieder der Plattform verschickt. Die Antworten wurden gesammelt und zusammengefasst. Dieses Monitoring hilft uns auch bei der Beantwortung von Fragen von Journalisten, die mehr über die Situation in der Schweiz erfahren möchten.

Die Kerngruppe hat auch eine Arbeitsgruppe Kommunikation ins Leben gerufen. Dies vor allem, um die Website und die sozialen Netzwerke besser zu nutzen. Wer soll administrieren, welche Infos sollen eingestellt werden, usw.? Das sind Fragen, mit denen sich die Arbeitsgruppe befasst, mit dem Ziel einer besseren Sichtbarkeit unserer Thematik, unserer Arbeit sowie derjenigen der Mitglieder der Plattform. An unserer GV im November wurde außerdem beschlossen, den Namen der Plattform zu ändern. Wir nennen uns nun: "Plattform Sans-Papiers Schweiz",

Schliesslich trafen sich das Co-Präsidium und Nicola Goepfert mit der nationalen Plattform gegen Menschenhandel. Diese Problematik zeigt sich nicht nur in der sexuellen Ausbeutung, sondern auch in der Ausbeutung am Arbeitsplatz. Auch unser Publikum ist davon betroffen. Die Plattform macht die gleiche Beobachtung wie wir: Aus Angst vor rechtlichen Konsequenzen gehen die ausgebeuteten Personen nicht zur Justiz. Die Idee, einen Bericht aus arbeitsrechtlicher statt aus migrantischer Sicht anzufordern, wurde angesprochen.

Kommunikation

Die Plattform kommunizierte dreimal öffentlich:

- 24. Februar zur Unterstützung der Vereinigungen zur Verteidigung der Genfer Sans-Papiers.
- 15. Juni über die Behandlung der Initiative Bauman Schneider (Nummer)
- 2. Juli über unsere Stellungnahme zum Bericht des Bundesrates über die allgemeine Überprüfung der Situation von Sans-Papiers und die Anhörungen in der Staatspolitischen Kommission.

Struktur

Im Jahr 2021 bestand die Kerngruppe aus: Barbara Hosch Beratungsstelle Luzern, Karin Jenni Beratungsstelle Bern, Guadalupe Dejudicibus CSP Vaud, Marie Saulnier Bloch Unia und Nina Vladovic HEKS. Co-Präsidium Céline Widmer und Ada Marra Parlamentarierinnen. Lobbyist zu 10% Nicola Goepfert.

Wir danken jeder dieser Personen für ihr grosses reflektierendes, aber auch praktisches Engagement, um die Arbeit der Plattform im Jahr 2021 zu initiieren und umzusetzen.